

Die Religionen diskutieren über den Frieden

Nichts erscheint uns heute natürlicher, als die Begriffe „Religion“ und „Frieden“ miteinander in Verbindung zu bringen. Die heiligen Schriften aller Weltreligionen enthalten emphatische Bekenntnisse zum Frieden. Sogar diejenige Religion, die von den Christen jahrhundertlang als Prototyp der Militanz betrachtet wurde, der Islam, kann auf zahlreiche Textstellen im Koran hinweisen, die dem gläubigen Moslem das Streben nach Frieden zur Pflicht machen. Das kam in den letzten Jahren kaum einmal deutlicher zum Ausdruck als auf der Friedenskonferenz von Vertretern der Religionsgemeinschaften in Kyoto vom 16. bis 22. Oktober 1970. Der Präsident des Internationalen Gerichtshofes im Haag, Sir *Zafrulla Khan*, ein gläubiger Moslem, widmete diesem Gegenstand einen langen, gelehrten Vortrag. Ein anderer Referent, der israelische Professor für Vergleichende Rechtswissenschaft, *Zwi Werblowsky*, wollte dem keine allzu große Bedeutung beimessen. Ohne Scheu warf er die Frage auf, wie es denn angesichts solcher Bekenntnisse zum Frieden geschehen konnte, daß der Krieg trotz Frömmigkeit und religiösen Eifers seit Jahrtausenden sozusagen zum Alltagsleben der Völker gehört. Die Persönlichkeiten, die als Sprecher ihrer Religionen in Kyoto das Wort ergriffen (*E. C. Blake*, der Generalsekretär des Weltkirchenrates, für die evangelischen Christen, Erzbischof *A. Fernandes* für die katholischen, der Ehrwürdige *Thich Nhat Hanh* und Präsident *Nikkeo Niwano* für die Buddhisten, um nur einige zu nennen), beklagten immer wieder, daß in vergangenen Zeiten gerade die Religion die Ursache von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern gewesen sei.

Aber nicht um untereinander Frieden zu schließen, hatten sich die 221 Delegierten aller größeren Religionsgemeinschaften der Welt in Kyoto versammelt. Friede und Toleranz in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Religionen wurden als *Grundbedingung* für die Mitarbeit an dem gemeinsamen Werk vorausgesetzt, zu dessen Förderung die Konferenz einberufen war: Frieden in dieser Welt. Gerade damit beginnt allerdings die theologische Problematik eines solchen Wirkens: der Friede in dieser Welt ist kein religiöses, sondern ein politisches Problem mit rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Aspekten, die seit einigen Jahren von der jungen, interdisziplinären Friedensforschung untersucht werden. Welches Interesse hat die Religion, haben die Kirchen an diesem weltlichen, diesseitigen Phänomen? Auch diese Frage wurde in Kyoto nicht erörtert, sondern als beantwortet vorausgesetzt. Und wer den Vorträgen, Reden und Diskussionsbeiträgen, noch mehr aber den informellen Gesprächen in den Wandelgängen und Vorhallen des riesigen internationalen Konferenzentrums in der alten, ehemaligen Kaiserstadt des japanischen Reiches aufmerksam lauschte, konnte diese Antwort sehr deutlich heraus hören. Buddhistische Mönche, Rabbis, Mullahs und Muezzins, Gelehrte aus den Theologenschulen in Ost und West, als Experten geladene Juristen und Sozialwissenschaftler, Swamis und andere „heilige“ Männer aus exotischen Ländern sprachen miteinander über Probleme der Abrüstung, Verteidigungsstrategie, Entwicklungshilfe, Menschenrechte, Rassismus und Sozialreform, ohne auch nur einen Augenblick darüber nachzudenken, warum sie das taten. Die große *Hinwendung zum Menschen* ist of-

fenbar in allen Religionen zur Selbstverständlichkeit geworden.

Der Zweck der Konferenz

Trotzdem lag aber doch das Besondere dieser Konferenz darin, daß Experten jener Detailprobleme, die heute zum Gesamtkomplex „Frieden und Entwicklung“ gehören, nicht von einer Weltorganisation oder von staatlichen Einrichtungen zusammengerufen worden waren, sondern von einer Gruppe von Kirchenmännern. Die Anregung hierzu stammte von dem als Generalsekretär der Konferenz fungierenden amerikanischen Theologen *Homer A. Jack* (Unitarier), der seit vielen Jahren auf weltweiter Ebene als Vorkämpfer der Friedensidee wirkt. Als Beobachter hatte er 1955 an der afro-asiatischen Konferenz in Bandung und an zahlreichen ähnlichen Verhandlungen, nicht zuletzt an den Genfer Abrüstungsgesprächen, teilgenommen. 1966 war es ihm gelungen, in Washington eine interreligiöse amerikanische Friedenskonferenz zu veranstalten. Seither war er unermüdlich damit beschäftigt, die Verbindungen zwischen den in der Friedensarbeit stehenden Gruppen und Institutionen der einzelnen Kirchen herzustellen. Im katholischen Bereich ist dies vor allem die am Ende des zweiten Vatikanischen Konzils von Papst Paul VI. eingerichtete Kommission „*Justitia et Pax*“ mit ihren Sektionen in zahlreichen katholischen Ländern. (Auch in Deutschland besteht eine Sektion „Frieden“ im Arbeitskreis „Entwicklung und Frieden“ als deutsche Sektion von *Justitia et Pax*.) Gemeinsam mit dem Weltkirchenrat trägt sie seit Jahren das *Sodepax-Komitee*, dessen voller Name (Society, Development, Peace) die Spannweite dieser ökumenischen Bemühung andeutet.

Durch solche Einrichtungen haben die christlichen Kirchen bereits ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung hinsichtlich ihrer Haltung zu vielen Detailfragen des Weltfriedensproblems erarbeitet. Es war nun durchaus naheliegend, den Versuch zu unternehmen, diesen Konsens auf die anderen Religionen auszudehnen und den Einfluß der Religion auf weltweiter Ebene zugunsten der Friedenssicherung und Friedenserhaltung nutzbar zu machen. Das Vorbereitungskomitee, das sich bereits im Dezember 1969 in Kyoto unter dem Vorsitz des indischen Erzbischofs Fernandes getroffen hatte, fächerte diese prinzipielle Zielsetzung in sechs Punkte auf, die — kurz gefaßt — folgende Einzelziele der Konferenz und der ganzen Friedensarbeit der Kirche herausstellte:

1. Alle in der Friedensarbeit der Kirche Tätigen müssen die Einstellung der anderen Religionen zu den Grundproblemen des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit kennenlernen.
2. Es muß versucht werden, gemeinsame religiöse Prinzipien der Friedensarbeit zu finden.
3. Im Lichte dieser gemeinsamen Prinzipien sollen aktuelle Friedensbedrohungen erörtert werden, um eventuell gemeinsame Aktionen vorzubereiten.
4. Der Kreis, der an der Friedensarbeit teilnehmenden Menschen muß ständig vergrößert werden.
5. Die Aufgabe der Religion im Rahmen der Friedensarbeit muß im Zusammenhang mit der Stellung der Kirchen in der Welt untersucht werden.

6. Die Friedensarbeit der Kirchen muß auf eine permanente Basis gestellt und so ausgeweitet werden, daß dauernde Kommunikationen zwischen den einzelnen Kirchen und Ländern möglich sind.

Die Christen sprachen mit einer Stimme

Interessanterweise legten jedoch die Veranstalter die Konferenz von Kyoto nicht nach diesem Sechspunkteprogramm an, sondern spalteten die bunte Versammlung schon am zweiten Tag in verschiedene Arbeitsgruppen auf. Am ersten Tag hatten die offiziellen Sprecher Gelegenheit, vor dem Plenum aufzutreten und eine geradezu überwältigende Fülle von Gedanken vor diesem Weltforum auszubreiten. Ebenso wichtig war ein anderes Kennenlernen, das ebenfalls vor Beginn der Arbeit der einzelnen Gruppen stattfand: die Verständigung der Religionen aus den verschiedensten Ländern der Erde. So trafen sich jeweils in einem anderen Konferenzraum die Buddhisten, Hinduisten, Mohammedaner, Schintoisten, Juden, Sikhs, Parsen und Christen.

Zunächst mag es wohl merkwürdig anmuten, daß hier kein Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten, Methodisten, Presbyterianern und den vielen anderen christlichen Konfessionen gemacht wurde. Und mancher wunderte sich wohl auch, wie die 120 christlichen Delegierten überhaupt zusammenfinden konnten. Aber bald stellte sich heraus, daß dies gar nicht so schwer war. Es ging ja nicht darum, eine einheitliche christliche Religion zu finden, sondern die Antworten des Christentums auf bestimmte Detailfragen des Weltfriedensproblems möglichst klar zu formulieren. Da die christlichen Konfessionen *fast ausnahmslos* Experten für die verschiedenen Einzelfragen nach Kyoto geschickt hatten, die sich zudem oft schon aus ihrer früheren Arbeit an gemeinsamen Projekten kannten, war die Verständigung schnell hergestellt. Dieser offensichtliche Beweis dafür, daß die Christen, wenn sie sich Mühe geben, schon heute in bestimmten wichtigen Fragen mit einer *einheitlichen* Stimme zur Welt sprechen können, gehörte wohl zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der Tagung von Kyoto. Deutlich war zu sehen, daß gerade die Nichtchristen davon überrascht waren. Zwar kannten viele von ihnen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Konfessionen nur in groben Umrissen, aber sie hatten offensichtlich eine größere Einheitlichkeit der christlichen Religionen erwartet.

Problematisch ist freilich die christliche wie auch die mohammedanische und buddhistische Solidarität über die ideologischen Grenzlinien hinweg. Deutlich zeigte sich, daß nationalstaatliche Grenzen bei Diskussionen auf dieser Ebene keine Rolle mehr spielen. Der Christ aus Westeuropa kann sich nicht nur mit dem Christen aus Afrika, sondern auch mit dem Mohammedaner aus dem Nahen Osten leichter unterhalten als etwa mit dem Christen aus einem Land des sozialistischen Lagers. Bei dem letzteren muß er zunächst vorsichtig sondieren und muß bei dessen Reaktionen immer die Position seines Gesprächspartners im Heimatland berücksichtigen. Dadurch wird die Kommunikation schwieriger, aber keineswegs unmöglich. Es war übrigens zu beobachten, daß diese Schwierigkeit der Verständigung über die in der Welt von heute gezogenen politisch-ideologischen Trennungslinien hinweg in gleicher Weise auch für die anderen Religionen bestehen. Jedenfalls wurde die Tatsache, daß mehrere *Ostblockländer*, vor allem die Sowjetunion und sogar die Mongolei, De-

legierte nach Kyoto gesandt hatten, mit großem Interesse vermerkt. Die Volksrepublik China war eingeladen worden, hatte aber nur drei Beobachter geschickt, die sich von allen Delegierten (auch den sowjetischen und mongolischen) fernhielten.

Zwei Tage lang wurde in folgenden Arbeitsgruppen diskutiert: Abrüstung, Entwicklung, Menschenrechte. Die Teilnehmer hatten sich je nach ihrer Qualifikation für eine dieser Arbeitsgruppen entschieden. Um die Schlußberichte wurde überall hart gerungen. Hier zeigten sich die Schwierigkeiten einer solchen Weltkonferenz deutlich. Dazwischen aber versammelten sich die Teilnehmer immer wieder zu Plenarsitzungen, um weitere Vorträge zu hören. So sprachen Generalsekretär Blake über „Entwicklung“, Erzbischof *Helder Câmara* über die Gewaltlosigkeit, der amerikanische Negerführer *Ralph Abernathy* über den Rassismus. Hier wie auch in den Arbeitsgruppen zeigte sich, daß von dem überwiegenden Teil der nicht-europäischen Christen nicht mehr der Ost-West-Gegensatz, wie er sich in der Nachkriegspolitik herausgebildet hat, sondern der Gegensatz zwischen den armen und reichen Nationen bzw. zwischen den Weißen und Schwarzen für ausschlaggebend gehalten wird. Aber gerade dadurch, daß die Repräsentanten der Dritten Welt die Angehörigen der weißen Rasse beschwören, ihre Aufmerksamkeit von der politisch-militärisch-ideologischen Ost-West-Konfrontation zu lösen und auf die unterentwickelten Länder zu lenken, geben sie zu erkennen, daß ihnen die Existenz jener anderen Konfrontation durchaus bewußt ist und daß sie deren Auswirkungen auf die Dritte Welt fürchten. Auf einem Weltkongreß wie der Begegnung von Kyoto können sie feststellen, daß auch und gerade die Westeuropäer und Amerikaner nach einem Ausweg aus diesem Dilemma suchen. Diese Erkenntnis, die für uns eine Binsenwahrheit ist, kommt für Menschen aus den Entwicklungsländern offenbar überraschend. In der Tat hat es den Anschein, als ginge es heute — trotz aller in westlichen Ländern noch immer vorhandenen Wissenslücken — nicht so sehr um das Verständnis der hochentwickelten Länder für die Probleme der Dritten Welt, sondern in noch höherem Maße um das Verständnis der Bewohner jener Länder für die Probleme der „Reichen“. Es muß zugegeben werden, daß das letztere Verständnis viel schwerer zu erreichen ist als das erstere. Aber von ihm wird der Weltfrieden maßgeblich abhängen.

Vorschläge an die Vereinten Nationen

Angesichts solcher Verschiedenheiten in den Auffassungen von der Definition des Friedens und den Vorbedingungen seiner Erhaltung wuchs bei vielen Teilnehmern die Skepsis hinsichtlich derjenigen Aufgabe, die in den letzten beiden Tagen der Konferenz bewältigt werden sollte. Die Delegierten verteilten sich dazu auf fünf Arbeitsgruppen, in denen konkrete Maßnahmen für den Frieden erörtert und in Programmen zusammengefaßt werden sollten: Erziehung für den Frieden, Kommunikation im Dienste des Friedens, Gesetzgebung für den Frieden, unmittelbare Aktion für den Frieden, inter-religiöse Zusammenarbeit für den Frieden. Hier trafen sich wieder die Fachleute, in der Gruppe „Gesetzgebung für den Frieden“, für welche der deutsche Völkerrechtler Prof. *O. Kimminich* zum Rapporteur bestimmt wurde, in erster Linie die Juristen, aber auch Parlamentarier. Die Berichte sollen in Kürze veröffentlicht werden.

Wer mit allzu großem Enthusiasmus nach Kyoto gekommen war, wurde sicher durch den Schwierigkeitsgrad und die Komplexität der behandelten Probleme ernüchert. Gegen Ende der Tage funktionierte die inter-religiöse Zusammenarbeit ebensogut wie am Anfang (nämlich bemerkenswert glatt), aber es machten sich auch Ermüdungserscheinungen bemerkbar. So bereiteten die Formulierungen der Schlußberichte und der „Konferenzbotschaft“ viele Mühe. Als man sich entschloß, Beispiele für die Unterdrückung von Minderheiten und die Rassendiskriminierung in den Bericht der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ aufzunehmen, häuften sich plötzlich die Hinweise auf Mißstände in aller Welt. Israelis beschuldigten Araber und umgekehrt. Aber gerade dadurch kam es allen Konferenzteilnehmern erst zum Bewußtsein, daß hier sechs Tage lang Theologen, Professoren und Politiker aus Israel und den arabischen Staaten nebeneinander gesessen und miteinander diskutiert hatten. Und in der Kongreßbotschaft bekannten alle Teilnehmer einmütig: „Wir haben festgestellt, daß uns folgendes gemeinsam ist: die Überzeugung von der fundamentalen Einheit des Menschengeschlechts und von der Gleichheit und Würde aller Menschen . . .“

Obwohl man sich bemühte, die Kongreßbotschaft kurz zu fassen, füllt sie doch fünf Seiten und enthält zahlreiche Vorschläge, die den Vereinten Nationen unterbreitet

werden sollen. Aus den Arbeitsgruppen kam eine Fülle weiterer konkreter Pläne. Der Kongreß faßte den Beschluß, die Kirchen der Welt und mit ihrer Hilfe die betreffenden Staaten und internationalen Organisationen zu bitten, an der Verwirklichung dieser Pläne mitzuarbeiten. Die Schaffung, Erhaltung und Sicherung des Friedens ist eine permanente Aufgabe, die keinen Augenblick lang vergessen werden darf. Vielleicht gehört es sogar zu den größten Erfolgen der Konferenz, daß ihre Teilnehmer nicht euphorisch auseinandergingen, sondern viel nachdenklicher, als sie gekommen waren. Es gab wohl keinen, der trotz aller Vorkenntnisse nicht doch noch ein neues Problem aus dem großen Sorgenkreis der Friedenserhaltung kennengelernt hätte. Umwälzend neue Lösungsvorschläge aber waren nicht bekannt geworden. Nur der Mut und die Entschlossenheit, auf dem Wege weiterzugehen, auf dem jedenfalls die christlichen Kirchen sich schon seit langem befinden, sind zweifellos gestärkt worden. Gewachsen ist auch die Hoffnung, daß die nichtchristlichen Religionen diesen Weg mitgehen werden und daß die gemeinsame Friedensarbeit die Brüderlichkeit über die Religionsgrenzen hinweg vertiefen wird. Denn wieder einmal bestätigt sich die augustinische Erkenntnis, daß die Liebe zu den Mitmenschen einfacher und selbstverständlicher wird, wenn sie den scheinbaren Umweg über die Liebe zu Gott nimmt.

Zeitbericht

Das Verhältnis zwischen Orthodoxie und Rom

Die *Annäherung zwischen der römisch-katholischen und den orthodoxen Kirchen* vollzug sich während des Zweiten Vatikanums in einigen höchst bemerkenswerten und aufsehenerregenden, auch unerwartet raschen Schritten. Die äußeren Voraussetzungen dazu bot nicht zuletzt die Errichtung des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen unter Leitung des späteren Kardinals *Bea*. Seine einfallsreiche ökumenische Aktivität, verbunden mit seiner großen Glaubwürdigkeit gegenüber den getrennten Christen und Kirchen, öffnete schnell die bis dahin verschlossenen Türen. Dabei spielte seine offene Zusammenarbeit mit dem Weltkirchenrat auch eine bedeutende Rolle bei der Aufnahme von Kontakten mit den orthodoxen und orientalischen Kirchen. Die von ihm bekanntgegebene Einladung zur Entsendung von Konzilsbeobachtern an alle christlichen Gemeinschaften fand allerdings bei den orthodoxen Kirchen zunächst nur ein zögerndes Echo. Die überraschende Entsendung zweier Beobachter durch das Patriarchat von Moskau zur Konzilsöffnung löste beim Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel Verwunderung aus. Sie schien auf *innerorthodoxe Spannungen* hinzuweisen und wurde aus naheliegenden Gründen auch politisch interpretiert. Heute weiß man, daß auch Schwierigkeiten der interorthodoxen Kommunikation dahinterstanden. Die zu Beginn des Konzils sichtbar gewordenen Zusammenhänge und Abhängigkeiten im Verhältnis Rom—Konstantinopel—Moskau sind auch heute noch wirksam. Sie haben aber die wachsenden Kontakte Roms mit diesen beiden Zentren und anderen Zentren der Orthodoxie in ihrer eigentlichen Substanz nicht beein-

trächtigen können. Wesentlichen Anteil an der gegenseitigen Öffnung der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche hatten auch die Begegnungen zwischen Papst Paul VI. mit dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. in Jerusalem (Januar 1964) und Konstantinopel (Juli 1967) und beim Gegenbesuch des Patriarchen in Rom (Oktober 1967). Sie setzten beim Ökumenischen Patriarchen einen sehr hoch einzuschätzenden „ökumenischen Mut“ voraus, da er sich bei seinen ökumenischen Initiativen gegen starke Widerstände in der eigenen und in anderen orthodoxen Kirchen (besonders der Kirche von Griechenland) durchsetzen mußte.

Erste Phase 1960 bis 1967

Der *theologische Hintergrund* dieser neuen Bereitschaft Roms zum Dialog mit der Orthodoxie war das neuumschriebene Verhältnis der römisch-katholischen Kirche zur Kirche Jesu Christi, wie es in der Kirchenkonstitution zum Ausdruck kommt (Abschnitt 8) und ein Kirchesein auch außerhalb der eigenen Grenzen anerkennt (vgl. auch Ökumenismusdekret, Abschnitt 3). Er hat in dem Abschnitt „Die besondere Betrachtung der Orientalischen Kirchen“ im Ökumenismusdekret (Abschnitte 14 bis 18) seinen konkreten Niederschlag gefunden. So konnte Papst Paul VI. bei seinem Besuch in Konstantinopel die Orthodoxe Kirche als „*Schwesterkirche*“ der römisch-katholischen Kirche bezeichnen, die sich „nach einer langen Periode der Entzweiung und des wechselseitigen Unverstehens“ „wiederentdecken“ (vgl. Herder-Korrespondenz